

Massnahmen wirken jeweils erst nach einer bis drei Wochen

Ob es um Schulschliessungen geht, um die Maskenpflicht im ÖV oder um das Verbot von Grossveranstaltungen – immer stellt sich die Frage: Wie viel bringen diese Massnahmen? Und was passiert, wenn man sie wieder lockert?

Antworten auf diese Fragen liefert nun eine britische Studie. Schulschliessungen, ein Verbot von Grossveranstaltungen sowie Homeoffice-Pflicht seien die effektivsten Einzelmassnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. Wie die Forscher der University of Edinburgh im Fachblatt «The Lancet Infectious Diseases» schreiben, würden die Massnahmen aber

jeweils erst nach einer bis drei Wochen wirken.

Umgekehrt verhält es sich mit den Lockerungen. Schulöffnungen, die Erlaubnis für Grossveranstaltungen, sowie die Aufhebung einer Obergrenze von zehn Leuten für ein Zusammenkommen tragen am meisten zu einer beschleunigten Verbreitung des Virus bei – deutlich mehr jedenfalls als zum Beispiel die Aufhebung eines Ausgehverbots oder die Lockerung von Reisebeschränkungen im Inland.

Recht auf Bildung

Angesichts der hohen und noch immer rasant steigenden Ansteckungszahlen in der Schweiz

sind weitere Massnahmen wohl unumgänglich. «Man muss jetzt schnell die Anzahl Menschen, die zusammenkommen, auf ein Minimum reduzieren», sagt die Epidemiologin Olivia Keiser von der Universität Genf.

Handlungsbedarf sieht Keiser auch bei den Schulen. «Wir müssen sofort die Maskenpflicht in den Schulen einführen, auch bei Primarschülern», sagt Keiser. Zudem brauche es an den Schulen gute Lüftungskonzepte, um das Ansteckungsrisiko via Aerosole zu minimieren. Keiser ist allerdings nicht sehr optimistisch: «Ich weiss nicht, ob eine generelle Maskenpflicht an Schulen überhaupt reicht», sagt sie, «oder

ob nicht doch teilweise Schulschliessungen nötig sind.»

Das will eigentlich niemand. Denn zum einen ist die Rolle der Kinder bei der Übertragung des Coronavirus noch immer nicht vollständig geklärt. Zum anderen gibt es ein Recht auf Bildung, und unter einer Schliessung würden in erster Linie Kinder aus eher bildungsfernen Schichten leiden. «Wir können dieses Recht nicht opfern», schreibt die Medizinerin Samia Hurst von der Universität Genf auf Facebook. «Eine Schulschliessung kann nicht die erste Massnahme sein. Wir müssen zuerst alles unternehmen, um die Schulen sicherer zu machen.» (nw)